



1. Juni 2022

Postulat

der Fraktionen SP, Grüne, AL

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er berufliche schulische Ausbildungsmaßnahmen zur Vorbeugung von struktureller Arbeitslosigkeit bei geflüchteten jungen Menschen bis 25 Jahre mit Aufenthaltstitel anbieten kann. Im Fokus steht die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den bestehenden Institutionen und insbesondere ein Ausbau von bestehenden Angeboten insbesondere mit dem Einsatz eines zeitnahen und intensiven Coachings gemäss Supported Education.

Begründung:

Geflüchtete Menschen mit einem Bleiberecht (anerkannte Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene, Menschen mit S-Status) dürfen arbeiten und eine Ausbildung absolvieren. Mit der Integrationsagenda haben sich der Bund und Kantone darauf geeinigt, geflüchtete Menschen mit Flüchtlings-Status oder vorläufiger Aufnahme rascher in die Arbeitswelt und die Gesellschaft zu integrieren. Der Kanton Zürich hat entschieden, unkompliziert Personen mit S-Status den Zugang zu Integrationsmassnahmen zu ermöglichen und zu denjenigen des Fördersystems für Geflüchtete zuzulassen.

Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine sind auch die Zahlen der Geflüchteten in der Schweiz massiv gestiegen. Insbesondere auch im Kanton Zürich. Dabei zeigt sich, dass insbesondere Jugendliche, welche die Schulpflicht erfüllt haben, einen abrupten Abbruch ihrer bildungsbiographischen Perspektive erleben, ohne in der Schweiz eingeschult zu werden.

Es droht Orientierungslosigkeit und nachhaltig negative Auswirkungen auf ihre Zukunftsaussichten. Dazu kommt, dass die derzeitigen Integrations- und Förderprogramme aufgrund der massiven Zunahme von Geflüchteten grösstenteils ausgebucht sind.

Es ist deshalb notwendig, bestehende Angebote, insbesondere im Bereich Supported Education auszubauen oder zielgerichtet und bedarfsgerecht neue Programme zu entwickeln, auch unter Einbezug der Wirtschaft.

Die Ziele sollen individuell und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, dem Berufs- und Mittelschulamtsamt und bei Bedarf weiteren fachlich qualifizierten Organisationen erarbeitet und umgesetzt werden. Die Massnahme soll präventiv für junge geflüchtete mit einem Aufenthaltstitel dienen, denn aus Erfahrung kann man davon ausgehen, dass gerade geflüchtete Jugendliche mehrheitlich langfristig in der Schweiz bleiben werden